

Energieagentur: Grüne werfen CDU Doppelzüngigkeit vor

KREIS TUTTLINGEN (pm) Den Eintritt in ein neues "regionales Energiezeitalter" erhofft sich die Fraktion der Offenen Grünen Liste (OGL) im Kreistag von der nun gegründeten Energieagentur. Das ist das Fazit aus der letzten Fraktionssitzung.

Für die Offene Grüne Liste sei die künftige Messlatte für den Erfolg der Energieagentur der Ausbau regenerativer Energieformen und der Kraftwärmekopplung durch Blockheizkraftwerke sowie die Energieeinsparung bei Strom- und Wärmeverbrauch in Region und Landkreis.

Durch die sprunghaften Preiserhöhungen bei Strom, Heizöl und Gas sei zu erwarten, dass ökonomisch und ökologisch bewusste Eigenheimbesitzer und Vermieter bei der Agentur für eine hohe Beratungsnachfrage sorgen.

Der Bau von Nahwärmenetzen könnte von der Energieagentur ebenso angestoßen werden wie die Errichtung von kleineren Wasserkraftwerken an den Flüssen in der Region. Auch weitere Windkraftanlagen dürften laut Offener Grüner Liste kein Tabu darstellen, da es in der Region windreiche Standorte gebe, die durch die Regionalbürokratie nicht abgeblockt werden dürften. Schließlich sei diese Form der Energieerzeugung ohne Verbrennungsmotor verschleißarm, umweltfreundlich und effizient, zumal bereits über die Hälfte des regenerativ erzeugten Stroms mit Wind erzeugt werde.

Das neu gefasste Energie-Einspeisegesetz komme der Arbeit der Energieagentur entgegen, ebenso die neue Zielmarke der Bundesregierung, bis zum Jahr 2020 nun anteilig am Gesamtverbrauch 30 Prozent regenerativen Strom zu erzeugen.

Benken und der Atomstrom

Unverständlich für die Offene Grüne Liste stellt sich unterdessen die Haltung der Kreis - CDU und des Landrats zur Atomkraft dar, da gerade die letzten Pannen in Phillipsburg, Neckarwestheim, Brunsbüttel und Krümmel einmal mehr gezeigt hätten, wie hoch riskant die Atomtechnologie sei. Trotz der pannenbedingten Abschaltung von sechs Atomkraftwerken im Jahr 2007 habe sogar noch Strom aus Deutschland exportiert werden können. "Ein Bekenntnis zur Atomkraft passt nicht zur Zielsetzung der Energieagentur", stellte OGL - Fraktionsvorsitzender Hans-Martin Schwarz klar. Der im Jahr 1999 beschlossene Atomausstieg und das Erneuerbare-Energien-Gesetz (EEG) seien für die Forschung und Realisierung alternativer Energieformen der entscheidende Motor gewesen.

Man könne nicht das atomare Endlager in Benken, Nordschweiz, 40 Kilometer Luftlinie von Tuttlingen entfernt, mit flammenden Resolutionen im Kreistag ablehnen, während man selbst auf Atomstrom setze, für dessen Atommüll die Frage der Endlagerung völlig ungelöst sei. Dies müsse auch an den CDU-Stammtischen auf dem Heuberg zur Kenntnis genommen werden.